

POLITIK

- ▶ [Startseite](#)
- ▶ [Nachrichten](#)
- ▶ [Wetter](#)
- ▶ [Verkehrslage](#)
- ▶ [Politik](#)
- ▶ [Wirtschaft](#)
- ▶ [Kultur](#)
- ▶ [Wissen](#)
- ▶ [Panorama](#)
- ▶ [Computer](#)
- ▶ [Service](#)
- ▶ [Sport](#)
- ▶ [WDR Regional](#)

Politik bei wdr.de

- ▶ [Kibiz: Reformen und die Angst davor](#)
- ▶ [Klage gegen Forensik gescheitert](#)
- ▶ [SPD-Spitze für ALG-I-Verlängerung](#)
- ▶ [Glosse: Das moderne Leben](#)
- ▶ [NRW-Linke nimmt im Landtag Platz](#)
- ▶ [Multimedia](#)
- ▶ [Fotoalbum](#)
- ▶ [Quiz & Spiele](#)
- ▶ [Webcams](#)
- ▶ [Videotext](#)
- ▶ [Themenarchiv](#)
- ▶ [Lernzeit](#)
- ▶ [Planet Wissen](#)
- ▶ [Newsletter & RSS](#)

Wichtiger Hinweis:

Sie sehen eine Archivseite von WDR.de. Diese Informationen sind möglicherweise nicht mehr aktuell und geben den Stand des Veröffentlichungstages wieder. Aktuelle Informationen finden Sie stets auf unserer [Homepage](#).

Stand vom 02.09.2003

Landeshaushalte sind verfassungswidrig

▶ [Drei Fragen - drei Antworten](#)

Gericht gibt CDU-Klage statt

Der NRW-Verfassungsgerichtshof hat am Dienstag (02.09.03) die Landeshaushalte 2001 und 2002 für verfassungswidrig erklärt. Die Etats hatte Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) als damaliger Finanzminister aufgestellt. Die CDU-Landtagsfraktion wertete das Urteil als "schwere persönliche Niederlage" für Steinbrück.



Nach Ansicht der Richter hat die rot-grüne Landesregierung mit den Haushalten 2001 und 2002 gegen das verfassungsmäßig geregelte Wirtschaftlichkeitsgebot und die Kreditbegrenzungsregelung verstoßen. Danach darf die Neuverschuldung in einem Haushalt nicht höher sein als die Summe der aus landeseigenen Mitteln finanzierten Investitionen.

Verfassung umgangen

Diese Festlegung soll der derzeitige Ministerpräsident und damalige NRW-Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) durch Auflösung von Rücklagen umgangen haben, die er zuvor aus Krediten gebildet hatte. Es geht dabei um rund eine Milliarde Euro im Jahr 2001 und etwa 500 Millionen Euro im Jahr 2002. Da die beiden Haushaltsjahre bereits abgerechnet sind, entstehen aus dem Urteil keine direkten Konsequenzen.

SPD verspricht Gesetzestreue

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Edgar Moron kündigte für die nächsten Haushaltsaufstellungen an, das Urteil werde "strikt beachtet". Für die Beratung des Doppelhaushaltes 2004/2005 habe es jedoch keine konkreten Auswirkungen. Moron misst dem Urteil aber auch Bedeutung über die Grenzen von NRW hinaus zu. Die als verfassungswidrig angesehene Praxis sei in anderen Bundesländern seit Jahren angewandt worden.

Dies erklärte auch NRW-Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD). Die gerügte Vorgehensweise bei der Rücklagenbildung entspreche langjähriger Praxis in Bund und Ländern, so etwa in Hessen Bayern und Baden-Württemberg. Dieckmann bedauerte das Urteil. Das Landesverfassungsgericht habe mit dem Richterspruch rechtliches Neuland betreten.

Als Konsequenz aus dem Urteil rechnet Hans-Dietrich von Löffelholz, Steuer und Finanzexperte des Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, gegenüber wdr.de mit weiteren Sparaktionen im Landeshaushalt. "Es kommt nur die Ausgabenseite in Betracht, weil auf der Einnahmenseite die Gesetze die Bundesregierung macht." Eine mögliche Alternative ließe sich aus Sicht des Wissenschaftlers nur langfristig realisieren: Höhere Investitionen, denn die erlaubten auch eine höhere Neuverschuldung.






"Schwere persönliche Niederlage"

Die CDU-Landtagsfraktion wertete das Urteil als "schwere persönliche Niederlage" für Ministerpräsident Peer Steinbrück. Der CDU-Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers bezeichnete den Richterspruch als "das Schlimmste", was einem Politiker passieren könne.

FDP-Fraktionschef Ingo Wolf bezeichnete das Urteil als "erneute Schlappe für den Ministerpräsidenten in der nicht enden wollenden Serie Pleiten, Pech und Pannen des Peer Steinbrück". Die Feststellung der Verfassungswidrigkeit sei "eine juristische Abstrafung erster Güte und ein rabenschwarzer Tag für die rot-grüne Haushaltspolitik."

Interessant ist aus Sicht der Grünen Haushaltsexpertin, Edith Müller, wie CDU-regierte Bundesländer mit dem Urteil umgehen werden. Schließlich hätten diese ihre Haushalte in ähnlicher Weise aufgebaut. Müller bedauerte zudem, dass durch das Urteil ein wichtiges Steuerungsinstrument für den Haushalt weggefallen sei.

Mehr zum Thema

-  [Interview mit Dr. Harald Noack, Staatssekretär NRW-Finanzministerium](#)
WDR 5 Morgenecho (03.09.03), 7'37
-  [Reaktionen auf verfassungswidrige Haushalte](#)
WDR 2 Zwischen Rhein und Weser (02.09.03) 2'42
-  [Verfassungswidrige Landeshaushalte](#)
WDR aktuell (02.09.03) 4'00
-  [Homepage Verfassungsgerichtshof NRW](#)
-  [Berliner Senat beschließt Verfassungsklage](#)
Land Berlin will wegen dramatischer Haushaltslage vor Bundesverfassungsgericht Entschuldungshilfen des Bundes einklagen.

► Impressum

Seitenanfang

Seite drucken | versenden

► © WDR 2007

Der WDR ist nicht für die Inhalte fremder Seiten verantwortlich, die über einen Link erreicht werden.